

Presseerklärung

Politik muss jetzt für zumutbare Arbeitsbedingungen in der Justiz sorgen

Die heutige Anhörung des Rechtsausschusses zu den Vorgängen in Mönchengladbach gibt dem Deutschen Richterbund – NRW – erneut Veranlassung, darauf hinzuweisen, dass im Land NRW zur Zeit rd. 17 % Richter und über 20 % Staatsanwälte fehlen. Musste ein Staatsanwalt im Jahr 1980 etwa rund 812 Verfahren im Jahr bearbeiten, sind dies heute fast 1.100 Verfahren. Die Politik lässt die Justiz seit vielen Jahren über alle zumutbaren Belastungsgrenzen hinaus arbeiten und hat allein in den Jahren 2000 bis 2006 in der ordentlichen Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften rund 2.440 Stellen abgebaut. Dies entspricht rund 8 % der Gesamtstellen. Die Gerichte und Staatsanwaltschaften sind damit in der Vergangenheit deutlich stärker belastet worden, als andere staatliche Bereiche.

Der Vorsitzende des DRB – NRW – ROLG Jens Gnisa hierzu:

„Das Geschehen in Mönchengladbach ist für jeden, der in der Justiz Verantwortung trägt, schlimm. Wir müssen jetzt die Frage stellen, ob Irrtümer und Fehler nicht vorprogrammiert sind, wenn die Menschen ständig über ihre Grenzen hinaus arbeiten müssen. Wir fordern die Justizministerin des Landes NRW - Roswitha Müller-Piepenkötter -, den Finanzminister - Dr. Helmut Linssen - und den Haushaltsgesetzgeber deshalb auf, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und den Personalabbau in der Justiz sofort zu stoppen.“

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an: ROLG Jens Gnisa 0171/3426655

Der Deutsche Richterbund - Landesverband Nordrhein-Westfalen – ist mit 2.850 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.